

Pressemitteilung
Kiel, 08.10.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

SSW und SP fordern den Erhalt der Aktivitäten und des Serviceniveaus der Region Sønderjylland-Schleswig!

In einer gemeinsamen Pressemitteilung äußerten sich die beiden Minderheitenparteien des deutsch-dänischen Grenzlandes – SSW und SP – besorgt über die geplanten Kürzungen bei der Region Sønderjylland-Schleswig.

Der Haushaltsentwurf der Region Sønderjylland-Schleswig sieht vor, dass die Region im Jahr 2026 ca. 100.000 Euro aus einem Gesamtbudget von ca. 1 Million Euro einsparen muss. Durch die Preissteigerung fehlen der Region insgesamt 135.000 Euro. Als Folge müssen zwei administrative Stellen gestrichen werden. Dadurch würde das Serviceniveau einzelner Aktivitäten und Dienstleistungen abgesenkt oder gar wegfallen.

Dazu sagte die Landesvorsitzende des SSW, Sybilla Nitsch:

„Es droht ein Rückschritt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in unserer Region. Das darf nicht passieren. Im Gegenteil müsste das Serviceniveau weiter erhöht werden, um die hervorragende Arbeit der Region Sønderjylland-Schleswig weiterzuentwickeln, da viele ihrer Arbeitsbereiche einen Mehrwert für die Region darstellen. Deshalb fordern wir u.a., dass das Land seine eingefrorenen Zuschüsse an die Region erhöht und an die Lohn- und Preisentwicklung anpasst.“

Der Vorsitzende der SP Rainer Naujeck sagte:

„Das Regionskontor und die Region Sønderjylland-Schleswig tragen entscheidend zur positiven Entwicklung unserer Grenzregion bei – sei es im Bereich der Wirtschaft, der Kultur oder des gemeinsamen Arbeitsmarktes. Diese Strukturen zu schwächen, hieße, an der falschen Stelle zu sparen. Hier sehen wir auch die vier nordschleswigschen Kommunen in der Pflicht. Es darf nicht weniger Region Sønderjylland-Schleswig geben – im Gegenteil: Wir brauchen mehr davon.“

Der SSW wird auf seinem Landesparteitag am 11. Oktober in Husum diese Forderung in einer Resolution aufgreifen.